

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach Bel. Tarif, die 3-spaltige 1,25 Mk. — 1. Ab. von auswärts 1.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 213

Dienstag, den 13. September 1921

12. Jahrgang

Der Aufstieg der Sozialdemokratie.

Die Ergebnisse der Thüringer Landtagswahlen.

Einem eigenen Drahtbericht des „Vorwärts“ über die Landtagswahlen in Thüringen, das bisher neben dem Leipziger Bezirk die stärkste Hochburg der Unabhängigen gewesen ist, ist ein überraschend starkes, hochfreudliches Anwachsen unserer Partei zu entnehmen. Bisher sind folgende Teilergebnisse gezählt worden: Sozialdemokratie 41 270, U.S.D. 20 170, Kommunisten 15 647, Demokraten 12 480, Landbund 35 407, Deutschnationale Volkspartei 14 637, Deutsche Volkspartei 30 600, Zentrum 4099. Die unabhängigen Sozialdemokraten sind auf ungefähr ein Fünftel ihrer bisherigen Stimmen zusammengeschrumpft. In einzelnen Wahlkreisen ergibt sich für unsere Partei das folgende Bild gegenüber den letzten Reichstagswahlen, deren Ziffern wir in Klammern beifügen: Gera 3600 (1865), Meiningen 1691 (1481), Saalfeld 2711 (2435), Rudolstadt 1638 (1413), Eisenach 2220 (1744), Arnstadt 404 (6). Diese Resultate sind aber noch nicht endgültig. Ein Teil der früheren unabhängigen Stimmen ist naturgemäß den Kommunisten zugefallen, und die Spaltung ist bedauerlicherweise auch die Ursache einer außerordentlich schwachen Wahlbeteiligung und eines Rückgangs der Gesamtzahl aller sozialistischen Stimmen gewesen. Immerhin ist die Entwicklung unserer Partei zur stärksten Partei in Thüringen ein begrüßenswerter Fortschritt. Die Deutschnationalen haben erhebliche Verluste an die Deutsche Volkspartei erlitten.

Der Schutz der Danziger im Auslande

Berlin, 12. Sept. Die polnische Gesandtschaft in Berlin teilt mit: Auf Grund des zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig geschlossenen Vertrages vom 9. Nov. 1920 übernehmen die Gesandtschaften und die Konsulate der polnischen Republik den diplomatischen und konsularischen Schutz der im Auslande weilenden Angehörigen der Freien Stadt Danzig in demselben Maße, wie dies für polnische Staatsangehörige geschieht. Auf Grund dieses Vertrages hat seitens der polnischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Auslande ein Anrecht auf Schutz jede Person, die am 10. Januar 1920 die deutsche Staatsangehörigkeit verlor, an diesem Tage zu der auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig ansässigen Bevölkerung gehörte und bis jetzt von ihrem Optionsrecht zugunsten des Deutschen Reiches keinen Gebrauch gemacht hat. Ein Anrecht auf Schutz seitens der polnischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen haben ferner diejenigen Personen, die die Staatsangehörigkeit der Freien Stadt Danzig erwerben werden auf Grund der Danziger Verordnung betreffend Staatsangehörigkeit, die im Einvernehmen mit der Regierung der polnischen Republik demnächst veröffentlicht werden soll. (Artikel 34 des polnisch-Danziger Vertrags vom 9. 11. 20.)

Das ganze bayerische Kabinett zurückgetreten.

München, 12. Sept. Das gesamte Staatsministerium hat in seiner heutigen Sitzung die Lage erörtert. Schließlich ist das Gesamtministerium zurückgetreten. Die Minister führen bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte weiter.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, hat man in parlamentarischen Kreisen die Auffassung, daß die Reichsregierung nach wie vor zu Verhandlungen mit Bayern bereit ist. Der Rücktritt des bayerischen Gesamtkabinetts wird in den maßgebenden parlamentarischen Kreisen als ein rein formeller Akt bezeichnet, der in dem Wortlaut der bayerischen Verfassung begründet liegt. Da die ganze Lage noch ungeklärt ist, hat sich auch das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung mit der bayerischen Frage noch nicht beschäftigt.

Nach einer Münchener Meldung des „Tageblatts“ ist die bayerische Antwort in der vom Landtagsausschuß beschlossenen Fassung gestern nach Berlin abgegangen. Von der abermaligen Entsendung einer Abordnung wurde abgesehen und auf die Erhebung auf dem geschäftsmäßigen Wege (Gesandter von Preger und Abg. Bayerle) verwiesen.

(Eine Klärung des Berlin-Münchener Konflikts ist bisher also noch keineswegs eingetreten, und man wird gut tun, die weitere Entwicklung mit starker Spannung abzuwarten. D. Red.)

Die Autorität des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage.

Genf, 12. Sept. Léon Bourgeois, der Führer der französischen Delegation, hielt heute vormittag im Völkerbunde eine große Rede über den Stand und die gegenwärtige Lage

des Völkerbundes, die Befürchtungen und zugleich Hoffnungen für seine Zukunft geben. Er bestritt, daß die Washingtoner Konferenz irgendwie dem Völkerbund schade, der sich nur dazu Glück wünschen dürfe, daß jenseits des Ozeans das gleiche Friedenswerk in Angriff genommen werde, wie hier. Dann sprach er kurz über die ober-schlesische Frage, die ein Beweis für die große Autorität des Völkerbundes sei. Man sehe, daß nicht nur Staaten, die miteinander im Konflikt liegen, sondern auch Großmächte, die nur eine freundschaftliche Meinungsverschiedenheit (!) haben, das Urteil des Völkerbundes anrufen. Es gebe keinen schlagenderen Beweis für die Entwicklung des Völkerbundes als den Umstand, daß man ihm die ober-schlesische Frage übergeben habe, deren Lösung die größten Autoritäten Europas und Asiens vergeblich versucht hätten. Das sei eine historische Tatsache, die die Bedeutung wie auch die Pflichten des Völkerbundes erhöhe. Er müsse in dieser Frage Erfolg haben. Es müsse ein einfacher Vorschlag vom Völkerbund ausgehen, dem sich jeder beugen könne.

Entspannung der Lage in Oberschlesien.

Oppeln, 12. Sept. Die Sicherheitsverhältnisse im oberschlesischen Abstimmungsgebiet haben sich durch die Verhandlungen und Abmachungen zwischen der deutschen und der polnischen Partei sehr gebessert. Infolgedessen können die Flüchtlinge in ihre Wohnorte zurückkehren. Um den Flüchtlingen die Einreise ins Abstimmungsgebiet zu ermöglichen, hat die Interalliierte Kommission in Oppeln folgende Verfügung erlassen: Der Flüchtling richtet an den Kreis-kontrollleur, in dessen Bereich sein Wohnort liegt, ein kurzes Gesuch, in dem er bittet, ihm die Rückkehr zu gestatten. Letzterer übersendet darauf dem Flüchtling die Einreiseerlaubnis. Auf Grund dieser kann der Flüchtling die Grenzkontrolle passieren. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein Visum des französischen Konsulats nicht erforderlich ist, die Einreiseerlaubnis ist ausreichend.

Beuthen, 12. Sept. Auf einer gemeinschaftlichen Sitzung von Vertretern des deutschen Ausschusses für Oberschlesien und des polnischen obersten Volksrates über die Frage der Rückkehr der Flüchtlinge wurde mit Genugtuung festgestellt, daß ein beträchtlicher Teil der Flüchtlinge bereits zurückgekehrt ist, und daß neue Ausbreitungen nur in wenigen Fällen vorgekommen sind.

Nach Blättermeldungen aus Oppeln sind die französischen und englischen Verstärkungen für Oberschlesien jetzt vollständig dort eingetroffen. Italienische Verstärkungen sind dagegen bisher noch nicht nach Oberschlesien gekommen.

Oltwig von Hirschfeld freigelassen.

Berlin, 12. Sept. Der gegen Oltwig von Hirschfeld, der wegen seines Attentatversuchs auf Erzberger im vorigen Jahre verurteilt und unter dem Verdacht, Erzberger ermordet zu haben, erneut festgenommen worden war, erlassene Haftbefehl ist vom Landgericht Offenburg aufgehoben worden.

Wir haben diese Entwicklung von Anfang an vorausgesehen. Daß die wirklichen Mörder Erzbergers überhaupt noch gefunden und festgenommen werden, ist nach den bisherigen Erfahrungen bei der Verfolgung rechtschaffenswerter Mordbuben äußerst unwahrscheinlich. Man hat vielmehr den Eindruck, als ob die unparteiliche deutsche Justiz den Spuren der Mörder nicht mehr mit besonderem Eifer nachginge.

Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Polen.

Łódź, 10. Sept. Der Entwurf eines Wahlgesetzes, das die Warschauer Regierung dem Sejm und dem Senat der polnischen Republik vorgelegt hat, gab zu energischen Protesten der nationalen Minderheiten Polens Veranlassung. Die Zahl der Landtagsabgeordneten und Senatoren der nationalen Minderheiten würde künftig auf ein Minimum herabgesetzt. Die „Łódzger Freie Presse“ erklärt: Die nationalen Minderheiten müßten von den 360 Abgeordneten für den Landtag wenigstens 150 Vertreter erhalten. Von den 90 Senatoren dürften auf die Minderheiten wenigstens 40 entfallen. Nach dem vorliegenden Wahlentwurf kämen aber für sämtliche nationalen Minderheiten auf den Landtag nur etwa 10 bis 35 Mandate, auf den Senat überhaupt keine.

Die gelbe Gefahr.

Einbildung oder Wirklichkeit.

Von August Freudenthal, Münster.

Dies oft gebrauchte und von den wenigsten Menschen in seiner innersten Bedeutung voll erfaßte Schlagwort taucht jüngst wieder in der Presse von neuem auf, als Präsident Harding seine bekannten Vorbereitungen zu einer Abrüstungskonferenz begann, die letzten Endes nur eine Verständigungskonferenz über die Machtverteilung in Ostasien sein soll. Denn wenn amerikanische Präsidenten und englische Ministerpräsidenten — wie auch welland der russische Zar — vom Weltfrieden und damit eng zusammenhängenden Maßnahmen, wie die Abrüstung eine wäre, reden, so dreht es sich meistens weniger um ideale Fragen, wie der Weltfrieden ja zweifellos eine ist, sondern stets mehr oder weniger um ein anziehendes Aushängeschild, hinter dem durchaus reale Dinge verborgen sind. Und der realste Gegenstand aller Politik ist und bleibt im kapitalistischen Staate der Profit. Angeht es der Tatsache, daß Europa durch den Krieg wie eine Zitrone ausgepreßt ist und augenblicklich nur sehr geringe Ausbeutungsmöglichkeiten für die in den Vereinigten Staaten aufgestapelten ungeheuren Kriegsgewinne bietet, haben die geschäftstüchtigen Yankee mehr als bisher ihre Liebe dem noch außerordentlich großen Spielraum fürs Geschäft bietenden Osten Asiens zugewandt. Dort ist noch immer Neuland genug für beschäftigungsloses Kapital. Dort könnte der Dollar hecken, wie er noch nie gehedt hat, dort gibt es noch ungeahnte Möglichkeiten, Extraprofite von nie gesehener Umfang zu machen. Aber dort gibt es einen lästigen Nebenbuhler, den nicht allein Profitgier, sondern auch bevölkerungspolitischer Zwang treibt, sich auf demselben Gebiete umzutun: Japan!

Ostasien, China und Japan haben infolge des Weltkrieges zuviel Ruhe gehabt, sich mit ihren eigenen Angelegenheiten zu befassen, ohne daß ihnen ihre europäischen und amerikanischen Freunde dreinreden konnten, denn denen brannte der europäische Krieg auf den Nägeln. Und so mußte man denn notgedrungen den gelben Verbündeten im fernen Osten ohne Aufsicht wirtschaften lassen. Und Japan hat die Zeit benutzt. Es ist nicht allein der zweitgrößte Kriegsgewinnler geworden, sondern hat auch seinen asiatischen Einfluß erheblich verstärkt. Und den dadurch am meisten betroffenen Amerikanern klingt nun ihr eigener Schloßtruf „Amerika den Amerikanern“ in neuem Gewande als „Asien den Asiaten“ entgegen. Und da Japan mit England im Gegenseitigkeitsvertrage steht, liegt die Sache noch ekkliger für die Profitgier der Dollarlandbesitzer. Und China, das ebenfalls die Zeit genutzt hat, versucht diplomatisch durch Auspielung der Gegensätze für sich die größten Vorteile herauszuschlagen. Das ist die wirkliche gelbe Gefahr, eine Gefahr für den europäischen und amerikanischen Kapitalismus. Das wirtschaftliche Erwachen Ostasiens, sein Werden zum kapitalistischen Subjekt, während es bisher nur kapitalistisches Objekt war, wird am meisten von den Dollar-machern gefürchtet.

In Asien lebt mehr als die Hälfte der die Erde bevölkernden Menschheit. Es zählt mehr als 863 Millionen Einwohner von den schätzungsweise rund 1691,5 Millionen Menschen, die die Erde bewohnen. Europa hat noch nicht 450, Amerika noch nicht 180 Millionen Einwohner, während China und Japan zusammen schon rund 400 Millionen aufweisen und Britisch-Indien etwa 315 Millionen Menschen beherbergt. Der Kapitalismus kann diese Länder als Absatzgebiete für Waren und Anlagegebiete für akkumuliertes (aufgeschobenes) Kapital nicht entbehren. England hat Indien, und Amerika braucht China. China beginnt zu erwachen. Der Mensch wird auch hier vom Objekt der Wirtschaft zum Subjekt. Der Kampf zwischen dem System der Hauswirtschaft, das nur in den Küstengegenden auf der Stufenleiter der Warenwirtschaft bis zur Manufaktur hinaufgeklommen war, mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem hat intensiv schon vor dem Kriege begonnen und beginnt sich jetzt zu gunsten des Kapitalismus zu entscheiden. Vor dem Tore aber steht, wie der Engel vor dem Paradies mit flammendem Schwerte, Japan, das China als ureigenste Domäne betrachtet und hier ausüben will, was es in europäischen und amerikanischen Schulen und Betrieben lernte. Das in seinen fruchtbarsten Gegenden überdickte China kann ein ungeheures Arbeiterheer stellen. England hat es verstanden, sich Indien als Warenabnehmer, Rohstofflieferanten und Tributpflichtigen zu erhalten. In China wird eine solche Politik nicht mehr möglich sein, einerlei, ob Japan oder Amerika obliegen wird. Japan selbst ist längst überdickert. Es muß schon seit Jahrzehnten Menschen ausführen, und so beginnt es bereits Asiens Osten an den chinesischen Grenzen zu bevölkern, bis nach Sibirien hinein, wo es auf russische und amerikanische Interessen stößt. Ob die mit allen diesen Vorgängen zusammenhängende riesige wirtschaftliche Umwälzung Ostasiens in Bälde zu einem Entscheidungstapfe mit den

Waffen führen wird. Ist schwer zu sagen. Sicher ist, daß die wirtschaftliche Umwälzung erst in einem größeren Zeitraum zur Annäherung in den ökonomischen Wirtschaftsverhältnissen führen kann.

Ob Amerika den seiner Ausdehnungsmöglichkeit angelegten Hemmschuh beseitigen kann, muß abgewartet werden. Es erfüllt im kapitalistischen Sinne, das es infolge des Weltkrieges auf Kosten Europas angelegt hat, und das seinem Organismus, der überkapitalisiert ist, äußerst schädlich werden muß, wenn es nicht lohnende Abflußmöglichkeiten findet. So hat auch der größte Kriegsgewinnler seine schweren Sorgen.

Die gelbe Gefahr besteht also in Wirklichkeit darin, daß ein veraltetes zurückgebliebenes Wirtschaftssystem auch in Ostasien überwinden wird, daß Ausbeutungsobjekte des Kapitalismus zu Konkurrenten werden. Das ist die wirtschaftliche Seite. Ob der Kapitalismus in seinen Auswirkungen auch die letzten Wurzeln der alten asiatischen Kultur austrocknen wird, ist dagegen sehr fraglich.

Es besteht vielmehr die Gefahr, daß in Ostasien der Kapitalismus verhältnismäßig schneller überwunden werden kann als in Europa und Amerika, da er dort einem Dasein mit einem festgewurzelten Gemeinschaftsgefühl aufgesproßt wird. Auch ist es möglich, daß durch die Unterbindung der Ausbeutungsmöglichkeiten anderer Völker und durch den Zwang, mehr noch als bisher zu den höchsten Entwicklungsmöglichkeiten zu steigen, eher die Grenze seiner Steigerungsmöglichkeit und sein Umschlag in den Sozialismus erfolgen wird, als sonst zu erwarten gewesen wäre. Diesen Untergang des Abendlandes, der in der Überwindung des Egoismus durch den Gemeinschaftsgeist, des Kapitalismus durch den Sozialismus bestünde, den man ebenfalls als eine Abart der gelben Gefahr auf kulturellen Gebieten angeklagt hat, müßte jeder Menschenfreund begrüßen.

Die Überwindung der europäischen Staaten durch die Gelben ist schwerlich zu erwarten. Eine neue Völkerwanderung ist nach Einführung des Kapitalismus und seiner Entwicklung dort zum bodenständigen Gewächs nicht mehr zu befürchten. Ob ein neuer Weltkrieg Asien gegen Europa und Amerika in späteren Zeiten als Kampf um die Warenmärkte entbrennen wird, muß bezweifelt werden. Wenn Asien sich soweit entwickelt hat, sind hoffentlich die alten kapitalistischen Staaten längst beim Sozialismus angelangt und brauchen keine derartigen Kämpfe mehr zu fürchten, da für sie die Warenproduktion als Mittel zum Profitmachen dann hoffentlich längst aufgehört hat.

Grenzen der Demokratie.

Logische Folgerungen aus der Ermordung Erzbergers.

Von Dr. Wilhelm Bolze.

Die nachfolgenden Ausführungen betreffen zwar in erster Linie innerdeutsche Angelegenheiten, haben aber darüber hinaus prinzipielle Bedeutung und dürften angesichts der außerordentlich einseitigen Darstellung der dortin behandelten Fragen durch die Danziger bürgerliche Presse auch für unsere Leser von Interesse sein. (Red. d. „Danziger Volksstimme“).

Die Überschrift der nachstehenden Ausführungen kann kaum mißverstanden werden. Die Sozialdemokratie bekennt sich bedingungslos und uneingeschränkt zur Demokratie in allen Zweigen des öffentlichen Lebens und verwirft jede Einschränkung der politischen Freiheit und Gleichheit, von welcher Seite sie auch immer kommen möge. Nur um böswilligen Mißdeutungen von vornherein die Spitze abzubreaken, sei diese Feststellung am Eingang dieser Darlegungen ausdrücklich wiederholt.

Es ist bereits in der Parteipresse darauf hingewiesen worden, daß der Aufruf des Reichspräsidenten und die Verordnung der Reichsregierung aus Anlaß der Ermordung Erzbergers den einzigen Fehler haben, viel zu spät gekommen zu sein. Ueber die verlogenen Weltausbrüche der Reichspresse, wegen der angeblichen Vergewaltigung der Demokratie durch die leider notwendig gemordete Einschränkung der in der Reichsverfassung gewährleisteten Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit kann man ja zur Tagesordnung übergehen. Gerade diejenigen Kreise, die die Weimarer Verfassung am leidenschaftlichsten bekämpft haben und bei jedem bolschewistischen Übergriff nach den schärfsten Abwehrmaßnahmen schreien, nehmen am eifrigsten eben diese Verfassung für den Schutz ihrer zügellosen Volkserhebung in Anspruch. Und wenn auch die Sozialdemokratie sich als hohes Verdienst anrechnen darf, der gegnerischen Meinungsfreiheit seit der Novemberrevolution ein in der Geschichte noch nie erlebtes Entgegenkommen bewiesen zu haben, so darf sie doch nimmermehr zugeben, daß unter ihrer Duldung die Demokratie zu einer Skizuratur herabgemüßigt wird, die nahe an Anarchie grenzt. Die grenzenlose Nachsicht aller bisher im Amt gewesenen Regierungen der deutschen Republik gegen ihre Verhörer von rechts ist tatsächlich — wenn auch in anderem Sinne, als die Reichspresse immer darzulegen beliebt —, zur Schwäche entartet, und gerade der Schutz der Demokratie verlangt unabwiesbar eine starke Hand, wenn nicht wirklich die nahe gerückte Gefahr eines Bürgerkrieges abzuwenden soll.

Aber zwischen Theorie und Praxis liegt noch ein weiter Weg. Nicht die Verordnung der Reichsregierung an sich, sondern die Art ihrer Durchführung wird bei der Sicherung der Demokratie und des deutschen Friedens den Ausschlag geben. Leider haben wir in dieser Beziehung bei früheren Gelegenheiten trübe Erfahrungen gemacht, und deshalb muß die Sozialdemokratie sich mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß die bisher ergriffenen scharfen Maßnahmen gegen die rechtsbolschewistischen auch konsequent und schonungslos fortgesetzt werden und nicht nach mehreren Tagen wieder verfallen. Ein Zusehender an Scharfe wäre jetzt gegenüber der geringsten Möglichkeit eines Juvencis ein verschwindend kleines Übel.

In früheren geschichtlichen Epochen hat man sich nicht so präde geeignet. Wir wollen wahrhaftig nicht die terroristischen Methoden der französischen Revolution als nachahmenswert empfehlen, aber die maßgebende Mäßigkeit, mit der damals die monarchische und feudalistische

Widerstandskraft verfolgt wurden, gewinnt doch eine gewisse Vorbildlichkeit, zumal da auch heute der Geldbeutel die Schlüsselrolle der inneren Feinde der deutschen Republik darstellt. Was bisher in Deutschland zur Sicherung und Festigung der Republik geschehen ist, ist in mancher Beziehung so beschämend wenig, daß man sich fast schämt, daran überhaupt zu erinnern. Wie mancher Anlaß hat sich — wie z. B. der Rapp-Bußch — schon geboten, um eine beschleunigte und gründliche Demokratisierung der Verwaltung und Justizreform zu verlangen, und wie verhältnismäßig wenig ist davon bisher verwirklicht worden! Kaum hatte sich — bis in die allerjüngste Zeit — die Empörung über einen besonders trassen Fall von Klassenjustiz gelegt, als schon wieder ein neuer nicht minder schwerer Fall die Gemüter in Horn und Erbitterung versetzte. Man muß nach allen früheren Erfahrungen schon geradezu überrascht werden, wenn die Würder Erzbergers überhaupt gefaßt werden. Und wie skeptisch muß man sich allen Einwendungen gegen die Möglichkeit einer durchgreifenden Demokratisierung gegenüber verhalten, angesichts der in dieser Hinsicht bisher erzielten „Erfolge“!

Der Emorud ist unabweisbar, daß in der Bekämpfung der Feinde der deutschen Demokratie meterfester Maß angewendet worden ist. Seit Kosses ersten — gewiß höchst notwendigen — Gewaltmaßnahmen gegen Spartakus ist jedes kommunistische Aufschütteln mit einer Strenge unterdrückt worden, die manchmal fast an Brutalität grenzte und eben dadurch um ihre volle Wirkung gebracht wurde. Es gehört aber kaum Uebertreibung zu der Behauptung, daß bisher den rechtsbolschewistischen Käufern im Stille noch kein Härden gekrümmt worden ist. Auch Versammlungs- und Zeitungsverbote haben sich bis vor kurzem im wesentlichen nur gegen die äußerste Linke gerichtet. Dabei ist die Gefahr der äußersten Rechten gegen den Frieden des deutschen Volkes wegen ihrer raffinierten Organisation und der Wirksamkeit ihrer „nationalen“ Vermummung noch bedeutend größer als die von links. Kein vernünftiger Mensch kann heute noch daran zweifeln, daß die Anhänger der Monarchie in Deutschland für immer eine hoffnungslose Minderheit bleiben werden. Nützt man dennoch ihre Agitation gegen Republik und Verfassung und Regierung unbehelligt, so macht man sich an allen daraus entspringenden Krisen mitteilhaftig. Die gegen rechts aufgewandte Kampfernergie darf zum mindesten nicht geringer sein als die gegen Spartakus, und wenn man im April 1919 die Reichswehr zum Sturze der Münchener Räterepublik aufgeboten hat, so darf die Reichsregierung im äußersten Falle auch ebensowenig davor zurückschrecken, ihrer neuesten Verordnung auch gegenüber den Rahr und Genossen Geltung zu verschaffen.

Es sind ja auch nicht nur militärische Demonstrationen und Heldentaten der Hotenkreuzlerpresse, die ein behördliches Einschreiten erfordern. Mancher wird vielleicht die Kaiserbilder und andere antirepublikanische Sinnbilder, die in der Öffentlichkeit noch häufig anzutreffen sind, als belanglose Neukuriositäten abtun, aber die agitatorische Wirkung solcher Schaustellungen ist so tiefgehend, daß ihre radikale Beseitigung, wenigstens bei offiziellen Behörden, unbedingt erforderlich erscheint. Ebenso ist der Jugenderziehung auch nach dieser Richtung hin noch eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, vor allem dem geschichtlichen und staatsbürgerlichen Unterricht. Und wo die Nachmittage der Regierung ihre naturgemäße Grenze finden, hat die Kritik der Verfassung selbst einzusetzen, damit nicht beispielsweise ganz unpolitische Veranstaltungen, wie etwa die Einweihung eines Gedenksteins für die Kriegsgefallenen, zu nationalistischen Rundgebungen mißbraucht werden.

Es sollte heute endlich niemand mehr geben, der nicht die furchtbare Tragweite der gegenwärtigen politischen Krise klar erkannt. Wird nicht noch in allerlehter Stunde ein entscheidender Stoß mitten ins Herz der monarchistischen und kapitalistischen Reaktion unternommen, so ist der innere und äußere Frieden des deutschen Volkes aufs höchste gefährdet. Die bevorstehende Steuererhebung, die bereits eingeleiteten neuen großen Lohnbewegungen und die Sanktions- und Reparationsvorschriften der Entente lassen ohnehin noch schwere wirtschaftliche und soziale Erschütterungen befürchten. Auf die außenpolitischen Gefahren der innerpolitischen und sozialen Selbstzerfressung, zumal im Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung über Oberschlesien, braucht hier nur hingedeutet zu werden. Die Stimmen der Auslandspresse gelegentlich der Ermordung Erzbergers sprechen eine eindringlich warnende Sprache.

Es liegt wirklich ein Körnchen Wahrheit darin, wenn die Unabhängigen uns in der zurückliegenden Entwicklung eine übertriebene, einseitige Schonung der antirepublikanischen Demagogen und Aufschüttler vorgeworfen haben, und gerade hier liegt eine der Grundursachen, die bisher stärker als alle theoretischen Meinungsverschiedenheiten die sozialistische Einigung hintertrieben haben. Nehmen wir hier eine Kursveränderung vor, so fällt damit die wesentlichste Schranke, die die Unabhängigen bisher von uns getrennt hat. Die Einigungsfrage kann ohnehin weder durch gelehrte Diskussionen noch durch persönliche Polemiken gelöst werden, sondern nur durch die eiserne Not der Zeit, und diese bietet heute eine stärkere Triebkraft, als noch vor wenigen Monaten erwartet werden durfte. Die drängende Entwicklung auch in diesem Sinne zu beschleunigen, sollte eins der Hauptziele des Kampfes der Sozialdemokratie gegen die „nationalen Mordbeher“ sein.

Nach dem Rücktritt des Ministers.

Der Rücktritt des Ministers Witos war unausweichlich, nachdem der von Witos geführte Block der Regierungsparteien in einem offenen Schreiben seine Zustimmung zur Gesamtschließung des Kabinetts ausgedrückt hatte. Seitens der linken Gruppen trat Stawski mit dem Vorschlag eines Kabinetts Umbaus hervor, wodurch der linke Flügel der Witos-Partei (Polnische Sozialisten) als Minderheit käme. Dieser Vorschlag wurde von der Mehrheit einer sozialistischen Regierung, die sich auf die Rechts- und Mittelgruppen stützen würde, abgelehnt. Nach anderen Kombinationen wird ein Kabinettswechsel mit der Mehrheit des Reichstages empfohlen. In der Tat ist die deutsche Regierung, auch wenn der Stawski über eine angeblich geplante Falschung als Aufwiegler auf der Verleumdung des Reichstages durch die Namen Stawski und

„Kaczkowski“ steht in einem Bestreben die erwartete Mission des Kabinetts Witos fest, da der Niedergang der polnischen Währung in den letzten drei Monaten fast 300 Prozent betrage. Das Ansehen und der Einfluß Witos im Ausland seien so gestiegen, wie bisher noch nie. In der verschiedenen Frage habe Witos aufgegeben, ein Minister sein, der seinen Verfall beeinflusse. Während die deutsche Regierung eine lebhaftige Tätigkeit entfaltet, habe die polnische Regierung keinen lebhaften Gedanken und verhalte sich nur abwartend und passiv. Die Witosfrage verwickelte sich sehr. Den Frieden mit Sowjet-Rußland habe man nicht zu verwirklichen verstanden. Auf dem ganzen Gebiet der inneren Politik herrsche Schwäche. „Gazeta Poranna“ nennt das Ansehen Witos auf internationalen Gebiet so mindernd, daß sogar der lettische Minister in Frage, Polen mit Aufgabe der Neutralität im polnisch-litauischen Streit zu drohen.

Nachkänge zum polnischen Sozialistenkongress.

In der Warschauer sozialistischen „Tribuna“ finden wir wichtige Ergänzungen zu den bisherigen Meldungen über den 18. Parteikongress der polnischen Sozialisten zu Lodz. Für den Antritt der 3. Internationalen sind nur ganz wenige Stimmen abgegeben worden. An erster Stelle wird Kaczkowski genannt, der aus einem inbrünstigen Anhänger der Gottesmutter und eifrigen Reichsbekämpfer zum Kommunisten durchgewandert hat. Die allgernein begrüßte der P. P. S. gegen den Bolschewismus erklärte sich dadurch, daß die polnischen Sozialisten nicht willens sind, zur Lösung der polnischen Unabhängigkeit beizutragen. Die russische Intervention von vorigem Jahre habe selbst Witos lebend gemacht. Die Haltung der P. P. S. während der roten Invasion ist das schärfste Bild ihrer Gesinnung.

Zur Annahme politischer wurde die Resolutionen Vert angenommen, die in der Hauptsache besagt:

Die P. P. S. befindet sich in Opposition zu jeder bürgerlichen Regierung, folglich auch zum gegenwärtigen Kabinet Witos. Es schließt keine Koalitionen mit bürgerlichen Parteien ab und führt im Parlament einen völlig unabhängigen Kampf. Die P. P. S. betont, daß das Kabinet Witos kein Programm demokratischer Reformen besitzt. Sie erklärt ferner, zugunsten eines Zusammenstoßes des Stadtproletariats und der Bauernschaft arbeiten zu wollen; doch ist dies solange unmöglich, wie die Bauern nach der Bourgeoisie hinstreben und im Tross der Geistlichkeit marschieren. Daher kann auch das Problem einer Regierung der Bauern und Arbeiter erst dann auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn die Bauern die realen sozialen Verhältnisse begreifen lernen, wenn die Verpflegungskrisis der Nachkriegszeit überwunden und die Bedeutung der Städte durch das Land aufzuheben wird. Auf die Erreichung jenes Endziels der Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung wird aber die P. P. S. sowohl mit parlamentarischen wie mit revolutionären Mitteln hinarbeiten.

Der Tanz um goldene Kalb.

Die Berliner Börse ist auf vier Tage geschlossen. Der Strom der Spekulation, in dem heute alle Geschlechter, Altersschichten und soziale Gruppen mitwimmeln, ist zu stark geworden. Die Börse ist verflochten. Es scheint, daß eine sichere Spurensage auf der Spalte niemand mehr trägt. Die Spekulationen sind teilweise erheblich zurückgegangen. Das dort vor jedem Verlust Kommen sicher liegende und sicheren auftraglosen Zinsgenuß bringende Geld wird den verschiedenen Reuten von den Spekulationen und anderen Betreibern zugetrieben, die das Publikum mit der Verpfehlung von riesigen Gewinnchancen locken und auf den Kennzeichen oder an den Börsen auf Kosten ihrer gläubigen Gläubiger turbulente Tänze aufführen. Das Publikum überläßt sich willig diesen Induktionen.

In Deutschland wird jetzt kaum ein anderer Zeitungsstil mit mehr Eifer verfolgt, als der Sport- und Börsenteil. Die Spekulation hat zu den bedenklichsten Ausschreitungen geführt. Schwere Enttäuschungen kann für viele nicht ausbleiben. Wir wollen hier nur ein paar Angaben aus dem letzten Berliner Kursblatt wiedergeben, die die Verdrücktheit des gegenwärtigen Börsentreibens widerspiegeln:

Werten	Kurs	letzte Dividende in %	entspricht einer Verzinsung von
Banning Maschinenfabrik	930,00	12	ca. 1,3 %
Eckert Maschinenfabrik	840,00	10	„ 1,2 %
Deutsch-niederl. Telegr.	450,00	6	„ 1,3 %
Braunschweig. Zuckerraffinerie	9.000	10	„ 1,0 %
Ver. Glasstoff Elberfeld	1500,00	20	„ 1,2 %

Solche Beispiele können in großer Anzahl genannt werden. Spekulationen zahlen 3—4 Prozent Zinsen, die Kriessanleihe verzinst sich mit 5 Prozent, und wenn man sie zum heutigen Kurs kauft, erhält man eine Zinsanleihe von mehr als 6 Prozent. Aber derartige Kapitalanlagen sind nicht begehrt. Man will alle zwei Monate 100 Prozent Zinsen haben, wie bei Monte & Co. Leute, die das Blaue vom Himmel herunter versprechen, wenn sie nur Geld bekommen, gibt es in Fülle. Und zu denen trägt das liebe Publikum die paar Spargroschen!

Der kolossale Anlauf von allerhand Spekulationen zur Börse hat schon seit geraumer Zeit die Abwicklung der Börsengeschäfte erschwert und den Apparat der Banken so überlastet, daß trotz Überarbeit und Personalvermehrung kaum mehr mitzukommen war. Schließlich ist die Börse völlig verflochten worden. Und am vorigen Mittwoch war es in Berlin erst in den frühen Abendstunden möglich geworden, die Kurse festzusetzen. Der Börsenvorstand hat verschiedene Maßnahmen erlassen und angeordnet, die die ordnungsgemäße Abwicklung der Börsengeschäfte in Zukunft sichern sollen. In Partikeln wird darüber recht skeptisch geurteilt. Aber selbst wenn es gelingen sollte, die offizielle Börse in normalen Gang zu halten, so würde das natürlich nicht die mindeste Eindämmung des Spekulationswahns bedeuten. Was auf der offiziellen Börse an Geld nicht untergebracht werden kann, wird auf den wilden Börsen „umgelegt“.

Vor dem sozialdemokratischen Parteitag in Götting.

Dem sozialdemokratischen Parteitag in Götting, der am 18. September, dem nächsten Sonntag, zusammentritt, gehen bereits verschiedene Tagungen zuvor. Am Sonnabend, den 17. findet die Reichs-Frauentagung statt und versammelt sich der Parteiausschuss. Am Donnerstag, den 15., und Freitag, den 16., ist eine besondere Tagung zur Behandlung der Weisheitspflege und der Beteiligung der sozialdemokratischen Organisationen an ihr.

Zu der Woche vor dem sozialdemokratischen Parteitag, also vom gestrigen Montag an, findet in Jena die Generalversammlung der größten deutschen Gewerkschaft, des Metallarbeiter-Verbandes statt. Am Sonntag, den 17. September, werden bekanntlich die Wahlen zu diesem Verbandstag der Weisheitspflege und der Beteiligung der sozialdemokratischen Parteien durchgeführt.

Letztlands Wirtschaftslage.

O. G. Der lettische Finanzminister Kalning teilte Pressevertretern mit, seine für die nächste Zukunft geplante Auslandsreise nicht mit der Heranziehung ausländischer Kapitalisten zu der geplanten lettischen Emissionsbank in Verbindung. Die Bank ist mit einem Grundkapital von 20 Millionen Goldfranken, unter Teilhaberbeiträgen des Staates, aber sonst von ihm unabhängig, geplant. Weiter erklärte Kalning, die Ausfuhr sei der Einfuhr jetzt gleich; die Industrie beginne langsam wieder aufzuleben, die finanzielle Lage sei dadurch gestärkt, daß es gelungen sei, die weitere Inflation zu stoppen mit Papiergeld auszuhalten; seit dem Mai d. J. habe der Staat von seinem Emissionsrecht keinen Gebrauch gemacht.

Belagelter Streik im Berliner Gas- und Elektrizitätswerk. Die Gestandgestellten der Berliner Gas- und Elektrizitätswerke waren gestern in den Streik getreten. Infolge des Streiks konnten gestern die Berliner Zeitungen nicht erscheinen. Der Streik der Arbeiter war vollständig gelungen. Gestern Abend wurde der Streik an dem

Danziger Nachrichten.

Bericht der Gewerkschaftsbibliothek Danzig

Der die Zeit vom 1. Juli 1920 bis 30. Juni 1921.

Die Bibliothek war in der Berichtzeit an 122 Abenden geöffnet. Im Vorjahre wurden an 140 Abenden Bücher ausgegeben. Wegen der Vorarbeiten zur Drucklegung des *Handbuchs der Gewerkschaften* und anlässlich des Umzuges von der Kallgasse nach dem Gevelius-Platz blieb die Bibliothek eine Zeitlang geschlossen. Die Benutzung der Bücherzeit lag im allgemeinen in der Höhe des Vorjahres. 876 Leser (im Vorjahre 734) entliehen 16.847 (17.015) Bände. Der geringe Rückgang findet seine Erklärung durch das Weniger an Bücherkunden. Die Leser verteilen sich auf folgende Organisationen:

Organisation	Zahl der Leser	Zahl der entl. Bücher
Angestellte	34	876
Bücher	11	320
Gelehrter	39	1157
Böcher	2	51
Handwerker und Maschinenarbeiter	5	87
Buchhändler	3	95
Buchdrucker	49	974
Dachdecker	2	23
Elektromechaniker	21	491
Fabrikarbeiter	11	312
Gärtner	4	96
Kaufmannsangehörige	1	70
Gemeinde- und Staatsbeamte	20	325
Glaser	3	43
Graph. Hilfsarbeiter	19	283
Kaufmannsangehörige	3	45
Kauf- und Maschinenbau	4	58
Kaufmannsangehörige	41	966
Kaufmannsangehörige	14	584
Kaufmannsangehörige	2	56
Kaufmannsangehörige	27	408
Kaufmannsangehörige	238	8283
Kaufmannsangehörige	1	31
Kaufmannsangehörige	3	63
Kaufmannsangehörige	11	196
Kaufmannsangehörige	2	16
Kaufmannsangehörige	5	91
Kaufmannsangehörige	1	25
Kaufmannsangehörige	79	210
Kaufmannsangehörige	11	345
Kaufmannsangehörige	14	271
Summe	670	16847

Weiterhin hat die Bibliothek folgende Zusammenfassung:

Abteilung	Entlehnte Bücher 1921	Entlehnte Bücher 1920
A. Unterhaltung, Romane, Belletristik	11455	11595
B. Geschichte	302	357
C. Arbeiterbewegung	986	663
D. Religion, Philosophie	223	198
E. Naturwissenschaften	669	675
F. Staats- und Rechtswissenschaften	26	10
G. Technik, Fachliteratur	229	125
H. Sprachwissenschaft	26	10
I. Lebensbeschreibungen	80	71
K. Gesundheitslehre	241	129
L. Humor und Satire	273	175
M. Jugendchriften	1341	1428
N. Zeitchriften	696	1369
Summe	16847	17015

Fortwährende Zahlen zeigen, daß der Katalog die Auswahl des Lesers stark beeinflusst hat. Der bestehende Literatur wurde mehr Interesse entgegengebracht als im Vorjahre. Die Anschaffung neuer Bücher liegt auf Schwierigkeiten, da die zur Verfügung stehenden Mittel nicht in dem gleichen Maße wie der

Bücherpreise gestiegen sind. Neuwerbungen konnten deshalb nur in beschränktem Maße gemacht werden. Um so erfreulicher ist es, daß aus dem Kreise der Leser eine größere Anzahl wertvoller Bücher zurückgelassen wurde.

Die Kassenverhältnisse zeigen folgende Aufstellung:
Einnahmen: Bestand vom Vorjahre 244,80 Mk., 674 Leser. Kartons 478,50 Mk., verkaufte Literatur 22,20 Mk., Geschenk 8 Mk., verkaufte Bücher 12,50 Mk., auf 1546,60 Mk. — Ausgaben: Bücher und Zeitschriften 362,50 Mk., Buchbinden 233 Mk., Porto 25,70 Mk., Schreibmaterial 11,90 Mk., Beleuchtung 29,60 Mk., Brennmaterial und Kohlen 61 Mk., Kartotheksysteme 15 Mk., Fahrgehalt 2,70 Mk., Entschädigung der Bibliothekare 421,20 Mk., auf 1194 Mk. — Bilanz: Einnahmen: 1546,60 Mk., Ausgaben: 1194 Mk., Bestand: 352,60 Mk.

Aus der Kasse des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes wurden im Berichtsjahr für die Bibliothek weiter verauslagt:
Für Miete, Heizung und Beleuchtung 1856,70 Mk., Reinigung der Bibliothek 403,40 Mk., Umzug 872 Mk., Verköstigung 112,13 Mk., Anschaffung eines Schrankes 175 Mk., neue Bücher und Literatur 609,60 Mk., Buchbindarbeiten 878 Mk., Druck des Kataloges 5420 Mk., Entschädigung an 3 Bibliothekare 690,20 Mk., auf 10.317,03 Mk.

Die Abrechnung wurde von den Kollegen Kischowski und Kogonius geprüft und für richtig anerkannt.
Im laufenden Geschäftsjahr ist die Benutzung der Gewerkschaftsbibliothek sehr gut. Nicht ohne Einfluss ist dabei, daß die Bibliothek wieder in dem Hause der Gewerkschaften untergebracht ist.

Die Bibliothekare

Franz Womack, Bruno Karm, Bruno Muske.

Aus den Gerichtssälen.

Im Hotel befohlen. Der Schlosser Karl Tinel und der Kaufmann Max Goldschmidt, zugleich in Haft, hatten sich vor der Strafkammer wegen eines gemeinsamen größeren Diebstahls zu verantworten. Nach der Urteilsurteilung haben die beiden Verurteilten zwei polnische Direktoren, die in einem hiesigen Hotel wohnten, befohlen. Dem einen wurden 900 deutsche Mark, dem anderen 900 Dollar, 30.000 deutsche Mark und volnische Geld entnommen. Das Geld sollte dann gemeinsam vertriebt werden. Goldschmidt ist wegen Betruges, Unterschlagung und Erpressung verurteilt, und er bestritt, an dem Diebstahl selbst beteiligt zu sein. Nur an der Verurteilung des Diebstahls beteiligte er sich. Tinel nahm die ganze Schuld auf sich. Er will den Diebstahl ohne Wissen des Goldschmidt ausgeführt haben. Er habe die beiden Direktoren geschäftlich kennen gelernt und habe sie im Hotel in ihrem Zimmer aufsuchen wollen. Er habe sie nicht getroffen und sie nun als Erfolg befohlen. Er will aber dem einen nur 480 Mark, dem anderen 700 Dollar und 15.000 deutsche Mark fortgenommen haben. Das Gericht sprach sich von der Verurteilung des Goldschmidt nicht überzeugt, aber auf der anderen Seite hielt es den Beweis der Schuld des Tinel für erwiesen und verurteilte ihn zu einer Freiheitsstrafe wegen des Diebstahls. Tinel wurde wegen schweren Diebstahls zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte nur 11 Jahre Gefängnis beantragt, da es sich um einen jungen, unbeschuldeten Mann handelte, der die Tat aus Versehen begangen hatte. In der Urteilsurteilung wurde jedoch ausgeführt, daß der Verurteilte mehrere Verurteilungen erlitten hat. Er habe auch ein Verbrechen begangen und eine erhebliche Summe gestohlen.

Verurteilung der Ehefrau. Ein Schmied und dessen Ehefrau hatten sich vor dem Schöffengericht zu verantworten, weil sie einem entlassenen Arbeitergehilfen ausbezahlt, indem sie ihm Geld gaben. Das Gericht verurteilte jeden der Angeklagten zu 400 Mark Geldstrafe wegen Vergehens gegen das Arbeitergesetz.

Aus dem Osten.

Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Partei in Polen.

Die deutsche sozialdemokratische Partei für den ehemaligen deutschen Teil der Provinz Polen hatte für Sonntag ihren dritten Parteitag nach Warschau abgehalten. Die Partei hat mit großer Schwierigkeit zu kämpfen. Schon vor dem Kriege war in diesem gemeinsamen Gebiet für die Sozialdemokratie ein "Herausarbeiten" und "Herausarbeiten" der Partei auf eigene Füße gestellt. Viele deutsche Arbeiter wandern nach Deutschland ab, weil ihnen die Erhaltung der Polen erschwert wird. Trotzdem kann

weiterhin organisiert bleiben wollen. Der Führer, aus den verschiedenen Sprachgruppen gewählt, werden zusammenkommen. Fortwährende aufstellen, die dann den übrigen vorgelegt und von ihnen bekräftigt werden sollen. Diese Fortwährende wird man dem Arbeiter händig, ihm zu gleicher Zeit mitteilen, daß kein einziger Nord-Zal-Bergmann in die Grube einfahren wird, ehe die Fortwährende angenommen sind.

Jerry Minetti, der viel vom Gewerkschaftswesen verstand, viel hat, die Leute sofort eintragen; er rechnete mit dem wirtschaftlichen Eindruck, den es hervorrufen würde, wenn jeder einzeln vorträte und seinen Namen abgab. Nun aber stellte sich ihnen eine weitere Schwierigkeit entgegen — der Mangel an Mitteln. Man brauchte zum Eintreten der Namen Kleinfächer und Papier; und hat für das David's Reise keine Taschen bekommen geleert. Er mußte sich Geld ausborgen und einen Boten ins Warenhaus schicken. Es wurde beschlossen, daß jedes Mitglied beim Eintritt zehn Cent zahlen. Man wird, falls man von der Außenwelt Hilfe verlangen wollte, viel telefonieren und telegraphieren müssen.

Ein Interimskomitee wurde gebildet; es bestand aus Tim Rafferty, Wawojope, und Hal übernahm die Aufgabe, die Listen zu führen, die Mittel zu sammeln und alles bis zu dem nächsten Tag stattfindenden Versammlung zu leiten. Dann wurden noch zwölf der fröhlichsten und verlässlichsten Männer zur Beibehaltung des Komitees ernannt. Der Parteitag wurde mit Musik und Musikanten versehen. Die Dolmetscher trugen, auf der Erde stehend, beim Licht der Grubenlampen die Namen jeder ein, die der Gewerkschaft beitreten wollten, und jeder gab sein Wort, Disziplin und Solidarität zu wahren. Dann wurde die Versammlung bis zum nächsten Morgen aufgehoben, und die Arbeiter kehrten heim, ein Gefühl der Freude und der Macht im Herzen, wie es bisher niemals gekannt hatten.

Das Komitee und seine Beibehaltung begaben sich nach Reminitsch (Hagimow), dort streckten sie sich auf den Fußboden hin; niemand beschwerte sie, und derweil der größere Teil friedlich schlief. Schrie Hal mit einigen anderen die Fortwährende nieder, die am Morgen den Ausschüssen überreicht werden sollten. Ferner wurde beschlossen, daß Jerry mit dem Frühstück nach Warschau fahren sollte, um dort mit Jack David und den Gewerkschaftsbeamten in Verbindung zu treten und diesen über die letzten Vorfälle zu berichten. Da die Gewerkschaftsbeamten bestimmt von Rektors brodachtet wurden, rief Hal Jerry, er möge sich zu Mac Kellar begeben und diesen bitten, den großen Jack in sein Haus zu bringen. Auch solle Jerry die "Gazette" anrufen und Billy Keating von dem Streit in Kenntnis setzen.

Hal mußte an hundertfünf Dinge denken, der Kopf summete ihm; als er sich niederlegte, vermochte er nicht einzuschlafen. Er

der Kassen- und Geschäftsbericht nach erstens die Fortschritte aufweisen. Auch die nächsten einmal in Bromberg erscheinende Volkszeitung kämpft mit großen Schwierigkeiten. Der schwache und stark gestaute Wert des polnischen Geldes verteuert den Bezugspreis gewaltig und verleiht die gewünschte Ausbreitung.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf den Zusammenschluß mit der Parteiorganisation in Kiel. Von Kiel her abgetrennt, befindet sich in Kiel, im Kielser Industriestadt, eine gut ausgestattete gewerkschaftliche und politische Organisation. Die hiesige Parteiorganisation verfügt über die einmalig wichtigste erscheinende Volksstimme. Von der Kieler Parteiorganisation erging auch die Anregung zum Zusammenschluß der deutschen sozialdemokratischen Organisationen Polens zu einer Reichsorganisation. Der Parteitag in Kiel hat in diesem Sinne beschlossen. Der Gedanke des Zusammenschlusses fand auch in Bromberg freudige Zustimmung und wurde demgemäß beschlossen. Ein Aufruf von vier Genossen wurde geschickt, um die Grundlagen des organisierten Zusammenschlusses zu schaffen.

Außer der deutschen sozialdemokratischen Partei existieren in Polen neben der PPS die ukrainische sozialistische Partei, die jüdische sozialistische Partei und noch verschiedene kleinere Gruppen. Der Parteitag bekräftigte sich mit der Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft mit der PPS und den übrigen Gruppen. Beschlossen wurde, die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Mit der deutschen Arbeitsgemeinschaft in Danzig haben unsere deutschen Genossen bekanntlich keine guten Erfahrungen gemacht. Es lagen deshalb Anträge vor, mit den bürgerlichen deutschen Parteien zu den Wahlen eine gemeinsame Liste aufzustellen oder Massenverbände einzugehen, sondern nur mit den übrigen Arbeiterparteien. Durch die Verfassung des polnischen Ministeriums in Polen, daß bei den kommunalen Wahlen nur Kandidaten aufgestellt werden dürfen, die der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind, entstehen bei den kommunalen Wahlen Schwierigkeiten, weil der deutschen sozial. Partei geeignete Genossen nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Beschlossen wurde, daß bei den nächsten Wahlen zum Sejm keine Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien eingegangen werden sollen, vielmehr ist eine Massenverbände mit der PPS, anzubahnen. Bei den Kommunalwahlen sollen die einzelnen Orte im Zusammenhang mit dem Parteivorstande handeln. Nachdem die einzelnen Wahlen erledigt waren, konnte der Parteitag den Parteitag mit einem Rückblick auf die geleistete, fruchtbare Arbeit schließen. Dieser Parteitag hat für unsere Genossen in Danzig eine erfreuliche Klarheit gebracht und den Weg zur erfolgreichen Weiterarbeit gebahnt.

Erweiterung des Arbeitsbereichs. Zum 16. September ab tritt eine erhebliche Erweiterung der bisher bestehenden Zugverbindungen zwischen Oppeln und dem übrigen Deutschland in Kraft. Insbesondere wird ein neues Schnellzug- und Personenzugpaar auf der Strecke Schneidemühl—Bromberg—Thorn—T. Opatow eingelegt.

Vergewaltigung der deutschen Stadtverordneten in Bromberg. Die am Donnerstag stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung in Bromberg war die erste, in der nur polnisch verhandelt wurde. Den deutschen Stadtverordneten war es daher nicht möglich, den Verhandlungen zu folgen, und sie verließen daher die Sitzung. Die Sitzung war infolgedessen nicht mehr beschlußfähig, aber trotzdem saßen die zurückgebliebenen Polen Beschlüsse, die natürlich rechtsungültig sind. Wenn der den Deutschen zustehende Minderheitenschutz nicht vollends zur Farge werden soll, wird eine Lösung gefunden werden müssen, die auch den Deutschen die unbeschränkte Ausübung ihrer öffentlichen Rechte gewährt. (Fortsetzung folgt.)

Gosda Schnupftabak
garantiert rein gekaut
Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Hährgasse 5.

„König Kohle.“

Roman von Hpton Sinclair.

(Fortsetzung.)

Am Beispiel war da der griechische Redner, ein wilder Mann, mit wilden Augen und Haaren, der seine ganze Leidenschaft in Entzügen gerissen in die Menge schleuderte. Er stand auf einem Podium, von zwei Grubenlampen beleuchtet, etwa zwei Dutzend seiner Bedienten umdrängten ihn. Er suchte mit den Armen, hob die Hände, schrie, brüllte. Als hat, den der Anblick beunruhigte, sich bei einem anderen englischsprachigen Griechen nach dem Inhalt der Rede erkundigte, erfuhr er, der Mann stelle bloß die friedliche Forderung auf, daß im Nord-Zal gesetzmäßig vorgegangen werde.

Hal beobachtete den übereifrigen, kleinen Mann, der eine Studie in Gedanken darbot. Er zog die Schultern zurück, warf die Brust vor, hat fast vom Fuß und sagte derweil, daß die Bergleute wie Menschen leben werden. Er laute sich nieder, senkte winnend den Kopf, erzählte dabei, was geschehen würde, falls sie nachgeben. Er streckte die Finger in sein blaßes, schwarzes Haar und zog gewaltig, zog und zog, zeigte schließlich seine leeren Hände; dann zog er wieder, zog so stark, daß man beim bloßen Zuschauen hätte annehmen können, daß das war, was dies bedeute und erhielt die Antwort: „Er sagt, haliet zur Gewerkschaft! Wenn ich an einem Tag reiche, kommt es heraus, wenn ich an allen reiche, kommt keine Antwort! Hal gedachte Melops Zeiten und seiner Fabeln.“

Vom Olson hatte Hal einiges über die Technik mitgeteilt, deren es bedarf, um diese unheimlichen Gorden zu drücken. Man mußte es wiederholen, wiederholen, bis auch der stumpfsinnigste Zuhörer ein in der Worte erfährt hatte, bis der alleinsehmachende Gedanke der Solidarität in sein Gehirn eingedrungen war. Als die Dolmetscher ihre Reden geendet, wiederholte Hal seine Rede noch einmal, sorgsam bemerkt, einfache, einfühlige Worte anzuhören und zu verstehen. Bisweilen verstärkte er den Eindruck durch einige persönliche, italienische und spanische Worte, die er im Nord-Zal gelernt hatte. Manchmal begeisterte seine Worte die Dolmetscher, daß sie sie übersehten und ihren Dankstücken zuriefen; dann dachte Hal, bis wiederum Schweigen eintrat. Die Gefahr, die Leute zu langweilen, lag nicht vor, sie waren alle geduldige, leidenschaftliche Menschen, standen der Sache lebhaft gegenüber.

Rangsam, allmählich erklärte ihnen Hal das Ganze; sie werden die Gewerkschaft bekommen, eine richtige Gewerkschaft, mit Mitarbeitern, die Beamten werden durch Wahl eingesetzt. Doch es lag bloß darin einen Sinn, sich zu organisieren, wenn sie auch

dachte an die Arbeiter, was sie wohl machen. Sicherlich schlafen auch die Arbeiter nicht.

Und dann gedachte Hal seiner Sonderzugfreunde und mußte über die forderbare Lage lachen, in die er geraten war. Er lachte laut auf, in einer Art Verzweiflung, als er sich an Verens Bemerkungen, ihn von hier fortzuschaffen, erinnerte. Und die arme Jette! Was konnte er ihr jetzt sagen?

Die Arbeiter unternahmen in dieser Nacht nichts. Als der Morgen graute eilten die Streikenden zum Versammlungsort, einige nahmen sich nicht einmal zum Frühstück Zeit. Sie erschienen ungewaschen, zerzaust, lachten einander ängstlich an, als wagten sie gar nicht, an ihr nächtliches, kühnes Vorgehen zu glauben. Als sie jedoch das Komitee und die Beibehaltung zur Stelle fanden, belebte sich ihr Mut von neuem; das wunderbare Gefühl der Solidarität, das aus ihnen Männer gemacht hatte, erwachte abermals. Bald wurden Reden gehalten. Wieder und nochmal wendeten die Schlafmüden, luden sie an den Versammlungsort. In kurzer Zeit hatten sich alle Männer, Frauen und Kinder eingefunden.

Mary Burke kam aus dem Spital, wo sie die Nacht verbracht hatte. Sie sah müde und unordentlich aus, war aber noch vom Geiste des Kampfes befeuert. Sie erzählte, sie habe mit einigen der Kranken gesprochen; viele hatten bereits „Abfindungen“ unterzeichnet, durch die die Gesellschaft gegen jeden Schadenersatzanspruch gesichert war. Andere hatten sich geweigert, diese Dokumente zu unterschreiben, und Mary hatte sie aufs dringendste davor gewarnt. Zwei andere Frauen boten an, im Spital Marys Stelle einzunehmen, damit sie ein wenig ruhen könne; doch wollte Mary nicht ruhen, sie hatte das Gefühl, als würde sie niemals mehr zu ruhen vermögen.

Nun schritt die organisierte Gewerkschaft an die Wahl ihrer Beamten; sie wollten Hal zum Präsidenten machen, doch gelang es diesem, der sich nicht so unumstößlich binden wollte. Wawojope übernahm die Aufgabe, die Liste der Kandidaten zu führen. Dann wurde das Komitee gewählt, das für die Fortwährende der Leute unterbreitet sollte. Es bestand aus Hal, Wawojope, Tim, einem Italiener namens Marcelli, für den Minetti aufstand, einem Vertreter der Slawen Rusik, und einem Vertreter der Griechen, Jammali; die beiden letzteren waren ernste, verlässliche Männer. Schließlich ward auch unter vielen Gelächern und Hochrufen Mary Burke ins Komitee gewählt. Dies war eine neue Rolle für eine Frau des Nord-Zals, doch war Mary die Tochter eines Bergmanns, die Schwester eines Schichtführers und hatte ebenso gut das Recht, zu Worten zu kommen, als irgendein Mann im Nord-Zal.

(Fortsetzung folgt.)

Vom internationalen Arbeitsamt.

Die christlichen Organisationen waren immer sehr vorzüglich mit ihren Statuten. Besonders aber ihre Mitgliedszahlen hielten sie hoch aus. Und, um mit dem Punktwert umso lebhafter zu werden. Man sah sich zu gern von christlicher Seite den Anzeichen genau dieselbe Vordrängung zu haben, wie die freien Gewerkschaften. Somit der Christliche Zentralarbeiterverband in Berlin kommt. Ist er dem Deutschen Berufsarbeiterverband gegen-

Die Bernstein-Industrie im Osten. Im Remelegebiet hat sich unlängst eine Gesellschaft gebildet, um durch Bergbau und Baggerungs- Betrieben zu gewinnen. Sie will das ehemalige Recht auf 10 Jahre erhalten und eine verhältnismäßig hohe Vergütung an die Verwaltung zahlen. Man wird kaum annehmen können, daß die Gesellschaft, zu der auch ein französischer Finanzmann gehört, so ohne jeden Grund ein Unternehmen ins Werk setzen will. Es muß vielmehr darauf der Schluß gezogen werden, daß Anreize für das Vorkommen von Bernstein auch im Remelegebiet vorhanden seien. Die reiche Samblide des Bernsteins befindet sich bekanntlich in Rummiden und Stragtepele im Samlande, etwa in der Mitte der Westküste Samlands. Aus dem reichen Vorkommen der bernsteinhaltigen blauen Erde gerade an dieser Stelle kommt der Schluß herab, daß die See bei großen Stürmen die Bernsteinstücke unter den Meeresspiegel abgelagert habe, weil ihr dieses Widerstand hat, möglicherweise der Rost auf mehrere Gebiete verteilt wurde, denn Bernstein kommt in kleineren Mengen in ganz Ost- und Westpreußen, auch Pommern vor. Im übrigen findet man Bernstein beim Ubergang von Sunde, bei Wolltenberge im kummischen Land, in Schlefien in der Prammelschleichen am Ufer in Schweden an der Mündung des Jemsel bei J. amia auf Zarien; wo er in einer schon blauen oder orangefarbene vorkommt und in Rumburn; aber die vereinzelten Funde kommen nicht sehr in Betracht. Die Lage des Remelegebiets hat mit der des Samlandes entferntste Ähnlichkeit. Das Aurlischs Meer stellt bei Remele eine laubbare Wasserstraße mit der See her, und der Seegang legt uns Näheres über die Schichten, welche hier und dort abgelagert sind. Das Remelegebiet ist politisch noch schlechter daran wie der Aurlischs Dongia, der nun wenigstens seine Grenzen und eine Verfassung hat. Das Remelegebiet wird geradezu rücksichtslos beherrscht. Seine wirtschaftliche Lage gleicht der des Jangger Aurlischs bei auf Sami. Die Freunde Teutlands haben ein Wort vom Reiche abgewiesen und kümmern sich nicht weiter darum. Es heißt es denn für die Remele, Geld bekäme und welches soll nun der Bernsteinergewinn bringen. Vor einigen Jahren stand in österreichischen Zeitungen zu lesen, daß man in Rummiden die Versteinerungen immer ungenügender gefolgt. Je weiter die bergmännische Gewinnung und der den Bernstein enthaltende blauen Erde nach Norden vordringen muß, um so in je mehr der Ertrag an Bernstein wurde. Während 1900 ein Zagen blauer Erde durchschnittlich 700 Gramm Bernstein erzielte, ging der Durchschnittsertrag 1911 auf 400 Gramm zurück. Im Jahre 1909 erzielte auf ein Zagen abgekauft Fläche 111 263 1911 aber nur 74 476 Gramm Bernstein. Der nun die erheblichen Bernsteinmengen in Schweden, Mähren, von Jahr zu Jahr größer Flächen abgekauft werden. 1910 ab — 1911 aber 52 Hektar

des Hrn. v. d. M. Schumann, die so großen Aufsehen erregten und die vornehmlich die weibliche Bevölkerung Berlins in begeisterte Muth und Aufregung versetzt haben, gehen nach und nach ihren politischen Anflang zu verlieren. Dabei ist es bereits zu Auslassungen von anheimelnder Schaulustigkeit gekommen. Der Vorleser hat bisher nur zu, die Rutsche umgebracht zu haben, weil er bei dieser Last übertraffen wurde. Alles andere sei keine er hohnfroh. Die Kriminalproben aber forschte in aller Ruhe Tag für Tag weiter und nach und ihr Beweismaterial heulte und nachdachte sich so, doch jetzt auch in dem Falle des Dienstmädchens Zusammen der Judischen Beweis anlangen erlösen. Auch dieses Mädchen war einige Tage in der Bekleidung Großmanns und seitdem verschwunden. Großmann, nach dem Verleide des Mädchens befragt, gab wohl zu, daß es bei ihm gewesen sei, wollte aber durchaus nicht wissen, wozu er sich dann gewandt habe. Als man ihm Abkündigungsbriefe der Vermissten, die man in seinem Zimmer fand, vorlegte, bestritt er, daß

Neue Aufgabengebiete des Ainos. Eine Statistik hat ergeben, daß in Amerika heute schon nicht weniger als 44 000 Ainos — dabei 17 000 katholische — ihre Werten dem Film geopfert haben. Eignes aus der Bibel, in heller Leinwandlichter erglänzende Sitate und ferne Schaubühnen mit religiöser Tendenz sollen den Geistlichen unterstützen und die Gotteshäuser wieder anziehender machen. Nach der Einnahme der Andacht hat sich der Film nun in Amerika auch bei der Arbeit erobert. Das mutet auf den ersten Blick doppelt erbsinnlich an in einem Lande, in dem man die raffiniertesten Schichten kennen hat, um die Kräfte des Fabrikarbeiters auf das feine Plüschentfalten auszuwirken. Hat man doch Frauen die Bräutigame von Arbeitskräften bestrafen, nur weil, das Nachschauen der Arbeit einen Arbeitsverlust kosten konnte. Und nun soll in den gefährlichsten Fabrikräumen gar gekimmert werden! Des Räthels Lösung liegt auf phlogistischem Boden. Ist man man den Arbeitern in den Tausen eine Selbstzufriedenheit oder eine interessante Mischung vorführen will man ihre Herzen aufsteigen, Grundungsbezeichnungen vorführen, kurz, himmelsanhebend wirken. Die Zeit vor der Pauli verlor ist es das bevorstehende Lichtspiel von ihrer Einsamkeit. Und weil eben ein solches Spiel mit ansetzen hat, wird selbst unter Zustimmung der Polizei und der Polizei von Fabriken kaum übergegangen, in den kleinen in der Stadt der kleinen kleinen kleinen, die große Seemann aufzunehmen. Sagen ist es beschreibend.

Hiesenoßper einer Ueberschwemmung in Amerika. In Regak be-
ziffert man die Gesamtzahl der bei einer Ueberschwemmung Umge-
kommenen auf 12 000.

Kommunistisches Werkel im Reichstage. Die kommunistischen Reichstags-Abgeordnete Frau Kuchow ist aus der kommunistischen Fraktion ausgetreten und vorüberl. vorläufig als „Mitte“ im Reichstag. Den gleichen Schritt hat bereits vor einiger Zeit die kommunistische Abgeordnete Teuber gemacht, so daß es jetzt drei kommunistische Richtungen allein im Reichstage gibt. Und zwar die eine Richtung verkörpern die vier aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Abgeordneten Leut. Geyer, Düben, Reich und die zweite Richtung wird von den beiden kommunistischen „Mitte“ gebildet und in der dritten Richtung verbleiben die übrigen Kommunisten, zu denen nach der Abgeordnete Herzfeld (Medler-Romm) gehört, der von seinem Wahlkreis vor wenigen Monaten als unfähig zur Bekleidung öffentlicher Ämter erklärt wurde.

Heutiger Devisenstand in Danzig.		
Dollars Mark: (Ausgl. 2,80)	2,95	am Vortage 2,70
DoHar:	105	" " 103—105
Engl. Pfund:	404	" " 384
		" " 394

Ein Bürger in Zoppot kam im December auf dem dortigen Bürgerfeste zu Fall und erlitt einen Oberschenkelbruch. Der Pflasterer, der nicht vorsichtsmäßig mit Sand bestreut, der Verletzte verlangte Schadenersatz von der Stadt, der hier die Strempflicht oblag. Die Zivilkammer in Königs Preuss den Verletzten Schadenersatz zu. Der Magistrat leitete Vernehmung ein und das Obergericht hatte über die Sache endgültig zu entscheiden. Die Entscheidung fiel dahin, daß die Stadt zum Schadenersatz verurtheilt wurde. In der Rechtsbegründung, die der Ausschuss und alle Bürger von großem Interesse ist, führt das Obergericht aus: Der Verletzte lag die Strempflicht ob. Sie war von dieser Verpflichtung nicht durch die herrschenden Witterungsverhältnisse befreit. Zwar ist der Verletzte unbedenklich zuzugeben, daß die Strempflicht fortfällt, wenn das Streuen etwas wegen Schmelzschlufs — nichts wäre. Dies hat das Reichsgericht in zahlreichen Entscheidungen anerkannt. Auch dem Beweisergebnis ist aber aus Zeit des Unfalls zum mindesten nicht in klarer Schärfe gewiesen, daß beschädigt werden mußte, der Schnee wurde das abgelaufene Streumaterial in Menge völlig über den und dadurch dessen Wirkung verlohren. Ebenso steht nach dem Beweisergebnis fest, daß am Unfallorte kein sogenanntes Glatteisverkeits herrschte, vielmehr bestand quechellast aus Zeit des Unfalls und an der Unfallstelle eine Strempflicht der Stadt. Der Verletzte hatte deshalb für den Schaden nach § 821 Recht, denn als schädigende Handlung im Sinne dieser Vorschrift gilt auch die Unterlassung einer auftrag- und pflichtgemäß vorzunehmenden Thätigkeit. Der Grund der Verletzung lag demnach ganz oder doch theilweise auf des eigene Verschulden des Klägers. Auszuföhren ist, greift nicht durch. Der Kläger war, wie jedes Fußgänger, nur gehalten, auf seinem Weg zu achten und soweit sich anstehende Hindernisse oder Störfälle zeigten, sie zu beseitigen. Daß der Kläger die pflichtgemäße Achtung der Hindernisse dem Vertreter der Unfallstelle verschuldet habe, ist in seiner Weise darguthun. Rückblickend er kann die Verschulden des Klägers nicht theilhaft anerkennen werden, weil er angeblich seinen Tod mit Spitze bei sich führte. Es konnte dem Kläger nicht zugemutet werden, zwecks Vermeidung der Strafen bezüglich seiner Ausdrückung besondere Maßnahmen zu treffen, wie man ne etwa von dem Verletzte auch am Personbäume beiseite des Gehwegs zum Bürgerfest erwarten darf. Die Entscheidung des Obergerichtes war daher in vollem Einklange mit dem oben Erhaltenen.

hat der Tauscher Areal und Freigeldbündel in einer Eingabe an den Senat und Hofrat gefordert und um Vertheilung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert in Stadt und Land des ganzen Kreistheiles gebittet. Es wird darin zunächst darauf hingewiesen, weshalb der Boden auch in freierlicher Gerechtigkeit eine beiderseitige Behandlung erfordert. Die Grundrente habe eine große volkswirthschaftliche Bedeutung. Der Gewinne, die für die Mehrernteiten ausfallen, zu werden, sei nicht neu. Die Art der Vertheilung der Grundrente sei aber noch nicht zur Vollkommenheit gelangt. Die längere Grundsteuer sei durch ein "volles ungleichmäßiges Veranlagungsverhältniß" mangl ausgerichtet. Die höchsten Grundsteuer unterstehe bei bebauten Grundstücken nicht ungleichen Boden und Bauwert. Die Forderung sei jede richtige Veranlagung bei der Vertheilung des gemeinen Wertes des Bodens. Auch

Die diesmalige Frauenkonferenz in Götting wird sich mit der Frage „Die Frau und die Kommunalpolitik“ beschäftigen. Der Eintritt der Frau in das öffentliche Leben macht es zur gebieterischen Pflicht, daß die sozialdemokratischen Frauen sich mit den Fragen beschäftigen, die zugleich Probleme der Gesamtpartei sind. Nicht etwas besonderes wollen wir, sondern wir

Durch volkswirtschaftliche Ungleichheiten entstehen soziale Noth, deren man nur abhelfen kann durch soziale Maßnahmen grohen Stils. Die Befreiung muß eingreifen. Die Selbstverwaltungskörper: Gemeinden, Stadt- und Landkreise sind die ausführenden Organe der Befreiung. Man tritt sich, wenn man glaubt, daß es hier nur ein Gehorchen und eine buchstabenhafte bürokratische Ausföhrung gibt. Nein, hier beginnt erst das eigentliche grohe, mannichfaltige soziale Leben. In dieser Arbeit liegt der ganze Reichtum, die Lebensbeseftigung aller sozial und demokratisch gerichteten Menschen, die für die Allgemeinheit arbeiten wollen. Hier liegt die ganze Fülle der Entwicklungsmöglichkeiten, die das demokratische System uns bringen können, wenn wir selber zutassen. Daß zu thun aber wollen wir in Göttingen, es soll dort eine geistige Richtschnur gegeben werden, sein Schema, nach dem wir weiterarbeiten, sondern ein Wegweiser, der die Richtung angibt. Wir fürchten uns nicht vor den Schwierigkeiten des zum Teil noch nicht ganz bekannten Weges, wir freuen uns der Arbeit und ihrer Schönheit unserer und unserer Kinder willen.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Volze, für Frei-
staatspolitik, Vokales und den übrigen Teil Fritz Weber,
beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwert in Oliva.
Druck und Verlag von J. Sehl u. Co., Danzig.

mit, Juni u. W. bund für Teilnehmer u.
zum Tagespreis (deutschland) 7000 (4. b.)

mit, Juni u. W. bund für Teilnehmer u.
zum Tagespreis (deutschland) 1900/1.